

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 6. Oktober 2021

1124. Änderung des Covid-19-Gesetzes, Verlängerung einzelner Bestimmungen (Konsultation)

Mit E-Mail vom 30. September 2021 wurden die Kantone von der Bundeskanzlei zu einer Konsultation zur Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz, SR 818.102) eingeladen. Mit der Änderung soll die Geltung einzelner Bestimmungen verlängert werden.

Das Covid-19-Gesetz wurde am 25. September 2020 von den eidgenössischen Räten erlassen und für dringlich erklärt. Es trat am 26. September 2020 in Kraft. Seit seinem Erlass wurde es bisher dreimal geändert. Nach Art. 21 Abs. 2 ist das Covid-19-Gesetz grundsätzlich bis am 31. Dezember 2021 befristet. Einzelne Bestimmungen haben zwar eine längere Geltungsdauer, die Kernbestimmungen, die dem Bundesrat Kompetenzen in verschiedenen Bereichen der Krisenbewältigung übertragen, laufen jedoch am Ende dieses Jahres aus.

Angesichts der unsicheren weiteren Entwicklungen der Covid-19-Pandemie hat der Bundesrat daher am 1. September 2021 beschlossen, dem Parlament die Verlängerung einzelner Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes zu beantragen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Bund im Falle einer anhaltenden Krise auch nächstes Jahr über die nötigen Instrumente verfügt, um die Pandemie zu bekämpfen und ihre Folgen zu bewältigen. Dies betrifft insbesondere Bestimmungen in den Bereichen Gesundheit, Arbeitnehmerschutz, Sport und Kultur.

Konkret sollen mit der Verlängerung folgende Ziele verfolgt werden:

- die Versorgung mit medizinischen Gütern sicherzustellen;
- die Instrumente zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Contact-Tracing-System, Proximity-Tracing-System) weiterzuführen;
- einzelne Instrumente zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen (Massnahmen im Kultur- und Sportbereich) beizubehalten;
- die rechtlichen Grundlagen im Ausländer- und Asylbereich sowie im Bereich der Grenzschiessungen zu verlängern;
- die rechtlichen Grundlagen im Bereich des Verfahrensrechts teilweise zu verlängern.

Der Regierungsrat begrüsst die vorliegende Änderung des Covid-19-Gesetzes und damit die vorgeschlagene Verlängerung der Geltung einzelner Bestimmungen.

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an die Bundeskanzlei, 3003 Bern:

Mit E-Mail vom 30. September 2021 haben Sie uns zur Konsultation zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die vorliegende Änderung des Covid-19-Gesetzes im Grundsatz. Sie gewährleistet Rechtssicherheit und verhindert unklare Verhältnisse bei einem ersatzlosen Auslaufen des geltenden Gesetzes. Was die Unterstützungsmassnahmen im Wirtschaftsbereich betrifft, erachten wir es als zentral, dass es zu keinen Ungleichbehandlungen von verschiedenen Wirtschaftsteilnehmenden kommt.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Regierungsrates, die Gesundheitsdirektorenkonferenz (office@gdk-cds.ch) sowie an die Gesundheitsdirektion.



Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli